

Neumünster, den 20.09.15

Resolution

Aus Fremden werden Nachbarn!

Deutschland ist in diesen Wochen und Monaten das Zielland einer nie gekannten Zahl von Flüchtlingen, die in unserem Land Schutz und Sicherheit vor Krieg, Verfolgung und Not suchen.

Hunderttausendfach begegnen die Menschen in Deutschland diesen Flüchtenden mit einer nie gekannten Hilfsbereitschaft und Solidarität.

Dieses gilt auch für Neumünster.

Seit vielen Jahren befindet sich in unserer Stadt in der ehemaligen Scholz-Kaserne am Haart die zentrale Erstaufnahmeeinrichtung des Landes für Flüchtlinge. Hier erhalten die Menschen eine medizinische Erstversorgung, Unterkunft, Verpflegung, werden registriert und aus der Kleiderkammer mit dem Nötigsten versorgt. Und hier beginnt das Verfahren beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Danach werden die Flüchtlinge nach einem bestimmten Schlüssel auf die Kommunen in Schleswig-Holstein verteilt.

Bei einer Aufnahmekapazität von 1.070 Plätzen in den Gebäuden am Haart und 750 Plätzen in den Containern an der Störstraße suchten zeitweise bis zu 4.000 Menschen Schutz in unserer Stadt. Die Landesregierung schafft zurzeit an verschiedenen Stellen im Land zusätzliche Erstaufnahmeeinrichtungen. Dennoch kann es immer wieder zu Überbelegung kommen.

Hier wird von allen Beteiligten, den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des DRK und des Landes, der Polizei und vor allem von allen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern zurzeit Enormes geleistet. Auch bei uns gibt es eine Welle der Hilfsbereitschaft vieler Bürgerinnen und Bürger, für die wir nicht dankbar genug sein können.

Es kann uns stolz machen, dass überall Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dabei sind, wenn es heißt mitzuhelfen. Wenn es heißt, geflohene Frauen, Männer und Kinder würdig und menschlich bei uns aufzunehmen.

Und auch wenn es heißt, menschenfeindlichen Hetzern die Stirn zu bieten.

Wir Sozialdemokraten sind uns unserer Geschichte bewusst und unseren Grundwerten verpflichtet.

Klar ist aber auch, dass wir endlich Erfolge im internationalen Kampf gegen die Fluchtursachen (Bürgerkriege, Destabilisierung ganzer Staaten und terroristische Gefahren)

2:

erzielen und Hilfe für die Nachbarländer der Krisengebiete auch zur Versorgung der Menschen in den großen Flüchtlingscamps erbringen müssen. Denn auch wir tragen Verantwortung für die Ursachen.

Deutschland ist noch immer der drittgrößte Waffenlieferant der Welt und die Exportpolitik der Europäischen Union hat die heimischen Märkte vieler Entwicklungsländer destabilisiert. Zudem haben wir viele Jahre mit den Diktatoren der arabischen Länder zusammengearbeitet und die Unterstützung bei deren Sturz und besonders beim Aufbau nachhaltiger demokratischer Strukturen war nur halbherzig.

Deshalb stehen wir auch in der Pflicht, die Fluchtursachen zu bekämpfen.

Wir brauchen daneben innereuropäische Solidarität und eine gemeinsame Asyl- und Flüchtlingspolitik der Europäischen Union. Dies steht ebenso auf der Tagesordnung wie die Schaffung einer nachhaltigen Infrastruktur für Flüchtlinge und ihre Integration in unser Land.

Wir müssen allen klar sagen: Die Zahl von Flüchtlingen wird auf absehbare Zeit hoch bleiben.

Wir stehen damit auch in Schleswig-Holstein vor einer enormen Herausforderung. Das gilt für eine schnelle Registrierung in der Erstaufnahme und einer menschenwürdigen Unterbringung und Versorgung der Schutzsuchenden.

Denjenigen, die eine Bleibeperspektive in unserem Land haben, müssen wir helfen, sich rasch in Gesellschaft und Arbeitsleben zu integrieren. Der Bund muss seine Zusage, die Länder und Kommunen hierbei stärker zu unterstützen, nun schnell in die Tat umsetzen. Wir wollen auch künftig in der Lage sein, Flüchtlinge aufzunehmen.

Deshalb benötigen wir einen respektvollen Umgang mit Asylsuchenden, die keine Bleibeperspektive haben. Diese Menschen sollten nicht unter falschen Hoffnungen ihre Heimat verlassen. Hier brauchen wir schnelle, wirksame Lösungen statt populistischer Parolen und des Schürens von Ressentiments.

Wir brauchen Möglichkeiten der legalen Migration zur Arbeitsaufnahme in Deutschland. Wer einen Arbeits- oder Ausbildungsvertrag mit tarifvertraglichen Bedingungen vorweisen kann, soll arbeiten oder eine Ausbildung aufnehmen dürfen. Dazu benötigen wir ein Einwanderungsgesetz.

Neumünster ist eine gastfreundliche und mitfühlende Stadt.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden mit ganzem Einsatz daran arbeiten, dass dies so bleibt.

Es ist wichtig, die Anstrengungen offen zu benennen, die die Aufnahme und Integration einer großen Zahl von Flüchtlingen bedeutet. Wir fordern dazu ein umfassendes Handlungspaket, um die aktuelle Lage in den Griff zu kriegen und gleichzeitig die integrative Kraft in unserer Stadt zu stärken.

3:

Anders als bisher werden wir auch in Neumünster Flüchtlinge auf Dauer aufnehmen!

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten begrüßen dies. Wir wollen auch Zuwanderung. Es ist eine große Chance für unsere Stadt.

Die Ratsversammlung hat dazu vor wenigen Wochen in den Grundsätzen zur „Integrierten Stadtentwicklung – ISEK“ beschlossen:

„Wir streben an, die Einwohnerzahl zu stabilisieren und auf ein Niveau von mindestens zwischen 80.000 und 90.000 Einwohnern und im Nahbereich von mindestens 100.000 bis 110.000 Einwohnern zu heben....“

Die Erreichung der angestrebten höheren Einwohnerzahl ist vor dem Hintergrund der bestehenden demographischen Situation der Stadt nur durch Zuwanderung möglich. Wir begrüßen jede Zuwanderin und jeden Zuwanderer, die bzw. der sich dauerhaft in Neumünster niederlassen möchte. Die Stadtentwicklung soll die verschiedenen Bevölkerungsgruppen und ihre besonderen Bedürfnisse berücksichtigen.“

Um was geht es jetzt?

- **Junge Flüchtlinge und Asylsuchende besser betreuen**

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge brauchen in besonderem Maße unseren Schutz und unsere Zuwendung. Wir wollen in Neumünster dafür werben, dass neben der hauptamtlichen Betreuung ehrenamtliche Paten gefunden werden, die sich um die jungen Flüchtlinge kümmern.

Der Bund steht in der Pflicht, sich bei dieser Aufgabe noch stärker zu engagieren. Es sind zielgerichtete Investitionen für zusätzliche Plätze in Einrichtungen im ganzen Land für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge dringend nötig.

- **Frühe Integration und Spracherwerb fördern**

Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Sie ist entscheidende Voraussetzung dafür, um am Arbeitsmarkt und gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Wir müssen daher die Sprachförderung stärken. Angesichts der erwarteten Flüchtlingszahlen fordern wir eine Aufstockung der Bundesmittel für Programme und Einrichtungen, die die Sprachkompetenz von Kindern und Erwachsenen fördern.

- **Eingliederung in den Arbeitsmarkt voranbringen**

Zwei Drittel der Flüchtlinge sind im erwerbsfähigen Alter. Ihre Fähigkeiten und Talente dürfen nicht brachliegen, denn sie sind eine Bereicherung für uns. Wir müssen Flüchtlingen die Chance geben, bald nach ihrer Ankunft Arbeit zu finden, damit sie sich und ihre Familien eigenständig versorgen können. Die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen mit Bleibeperspektive erfordert erhebliche Anstrengungen. Eine angemessene finanzielle Ausstattung der Jobcenter, auch in Neumünster, ist daher unabdingbar, denn in Neumünster sind die

4:

Herausforderungen schon heute besonders.

In Neumünster ist die Vermittlung von jugendlichen Flüchtlingen in Ausbildung eine zusätzliche Aufgabe der neuen Jugendberufsagentur.

- **Schnelle Vermittlung in Wohnungen**

Wir müssen den Geflüchteten, denen Asyl bewilligt wurde, dauerhaft Wohnungen in unseren Stadtteilen vermitteln. Gemeinschaftsunterkünfte dürfen allenfalls zeitlich befristet eingerichtet werden. Eine echte Integration gelingt nur in der Mitte unserer Gesellschaft.

Der erwartete Zuzug verstärkt den Bedarf an bezahlbarem Wohnraum. Es muss jetzt unverzüglich geprüft werden, ob und auf welche Weise die in Neumünster leerstehenden Wohnungen angemessen genutzt werden können. Darüber hinaus fordern wir zusätzlichen sozialen Wohnungsbau.

- **Integration und Zusammenhalt der Gesellschaft**

Bei den enormen Anstrengungen, die erforderlich sind, um eine große Zahl von Zuwanderern aufzunehmen, dürfen wir diejenigen nicht vergessen, die in unserer Stadt schon lange ohne Arbeit und auf Sozialleistungen angewiesen sind. Ihnen müssen wir mit gleicher Aufmerksamkeit zur Seite stehen und helfen, wo es nötig ist. Konkurrenz und soziale oder kulturelle Spannungen müssen verhindert werden. Dafür müssen wir jetzt vorsorgen.

Ob die Integration gelingt oder scheitert, hängt davon ab, ob wir heute die richtigen Entscheidungen treffen! Vorausschauende Kommunalpolitik muss jetzt die Weichen für das nächste Jahrzehnt stellen. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass auch in Neumünster entschlossen gehandelt wird, um diese Aufgabe zu stemmen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind dazu bereit!

Unsere Ziel heißt: Aus Fremden werden Nachbarn!